

## **Antrag**

**der Fraktion GRÜNE**

**und**

## **Stellungnahme**

**des Ministeriums für Umwelt, Naturschutz und Verkehr**

### **SMA-Studie zu den Fahrplankonsequenzen und Fahrplanmöglichkeiten bei Stuttgart 21 veröffentlichen**

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,

die Landesregierung zu ersuchen,

dem Landtag die vom Land Baden-Württemberg bei sma + partner in Auftrag gegebene Studie zu den Fahrplankonsequenzen und Fahrplanmöglichkeiten bei Stuttgart 21 zur Verfügung zu stellen.

07. 07. 2010

Kretschmann, Wölfle  
und Fraktion

#### **Begründung**

In der stern-Ausgabe vom 8. Juli 2010 wird ausführlich aus der sma-Studie zur Betriebsabwicklung bei Stuttgart 21 zitiert. Danach werden die Ergebnisse der Untersuchungen der Vieregg-Rössler GmbH zu betrieblichen Konsequenzen an den zahlreichen betrieblichen Engpassstellen von Stuttgart 21 in vollem Umfang bestätigt.

Die Landesregierung hält trotzdem unverändert an der Realisierung eines Projektes fest, das nicht nur extrem teuer ist, sondern den betrieblichen Kollaps für das heute gut funktionierende Bahnsystem im Bereich Stuttgart bedeuten wird.

Eingegangen: 07. 07. 2010 / Ausgegeben: 04. 08. 2010

*Drucksachen und Plenarprotokolle sind im Internet  
abrufbar unter: [www.landtag-bw.de/Dokumente](http://www.landtag-bw.de/Dokumente)*

Der Landtag muss die Möglichkeiten erhalten, diese vom Land in Auftrag gegebene Studie im Detail auswerten zu können. Nur so kann er überprüfen, ob ein Festhalten an dem Projekt vor dem Hintergrund der erheblichen negativen Auswirkungen auf den Bahnbetrieb noch angemessen ist.

### Stellungnahme

Mit Schreiben vom 28. Juli 2010 Nr. 7–3824.1–0–01/31 nimmt das Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr zu dem Antrag wie folgt Stellung:

*Der Landtag wolle beschließen,*

*die Landesregierung zu ersuchen,*

*dem Landtag die vom Land Baden-Württemberg bei sma + partner in Auftrag gegebene Studie zu den Fahrplankonsequenzen und Fahrplanmöglichkeiten bei Stuttgart 21 zur Verfügung zu stellen.*

Die landeseigene Nahverkehrsgesellschaft Baden-Württemberg (NVBW) wird bei der Konzeptionierung des Regionalverkehrs in Baden-Württemberg für die Jahre ab 2020 sowie bei den anstehenden Neuvergaben von Verkehrsleistungen von der Züricher Firma sma + partner unterstützt. Bei den Arbeiten wird die neue Infrastruktur des Bahnprojekts Stuttgart–Ulm ebenso berücksichtigt wie zahlreiche weitere Aus- und Neubauvorhaben.

Dieser umfassende, sehr komplexe Planungsprozess ist nicht abgeschlossen. Bisher liegt deshalb weder der Landesregierung noch der NVBW eine abgeschlossene Studie der Firma sma + Partner vor. Nach den Erkenntnissen von sma + Partner wurde der Presse eine zwei Jahre alte Präsentationsunterlage einer Arbeitssitzung zugespielt. Der Planungsprozess hat sich inzwischen über verschiedene Iterationsschritte weiterentwickelt und es haben zahlreiche weitere Arbeitssitzungen stattgefunden. Die Unterlage, die der Presse zugespielt wurde, ist seit langem überholt.

Der aktuelle Stand der Arbeiten zeigt, dass die Angebotskonzeption Regionalverkehr Baden-Württemberg 2020 auf der geplanten Infrastruktur fahrplantechnisch realisiert werden kann. Im Internetangebot des Ministeriums für Umwelt, Naturschutz und Verkehr sind seit April 2009 detailliertere Informationen darüber abrufbar. Die jeweils vorliegenden vorläufigen Ergebnisse der Untersuchungen wurden ab Anfang 2009 von der NVBW als Angebotsvorstellung des Landes in die betriebswissenschaftlichen Simulationen eingespeist, die von der DB Netz AG durchgeführt werden. DB Netz AG verfügt als Infrastrukturbetreiberin über genauere Werkzeuge und Datengrundlagen als sie dem Land oder privaten Beratungsfirmen zur Verfügung stehen. Diese Simulationen sind noch nicht abgeschlossen. Bei der Entscheidung, in welcher Form über den Abschluss der Arbeiten informiert werden wird, muss – wie bereits in der Stellungnahme vom 28. September 2009 zum Landtagsantrag Drucksache Nr. 14/5071 mitgeteilt wurde – berücksichtigt werden, dass dem Land dadurch keine Nachteile in den bevorstehenden Vergabeverfahren entstehen.

Gönner

Ministerin für Umwelt, Naturschutz und Verkehr